

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden  
Gesamtausgabe: 25.941  
Preis für Nachdruckpreis: 25.901  
Schiffahrt u. Postverkehr: 25.943  
Dresden - L. 2, Marienstraße 25/43

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Belebung monatlich 2.40 RM. (entwederlich 20 Mio. für Zeitungen), durch Werbung 2.40 RM. (entwederlich 20 Mio. Werbeschluß ohne Werbungserlaubnis) bei 1 mal wöchentlichem Vertrieb. Einzelnummer 10 Mio., außerhalb Sachsen 15 Mio. Einzelgewicht: Die einzelpagige 20 mm breite Seite 25 Mio., für ausgedruckt 40 Mio., Sammelanzeigen und Stellenanzeige ohne Werbung 25 Mio., außerhalb 25 Mio., die 50 mm breite Zeitungsecke 200 Mio., außerhalb 300 Mio. Offiziersgebühr 10 Mio. Zuständige Aufträge gegen Beauftragung

Druck u. Verlag: Leipzig & Weitkort,  
Dresden, Postfach 210, 1045 Dresden  
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe  
(Dresden, Radebeul) gestattig. Unterlassung  
Schriftsätze werden nicht aufgezählt

## Ein Röder Briands und Laval

### Deutsch-französische Kolonisationspläne?

Berlin, 25. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Der sich Mitte Oktober nach Washington zu Besprechungen mit Hoover begebende französische Ministerpräsident Laval wird, nach einem Bericht aus Paris, mit Hoover ein Programm besprechen, das auf Grund der deutsch-französischen Besprechungen formuliert werden soll und das sich darum dreht, einen neuen Raum für Auswanderer

zu schaffen. Laval wird darauf ausmerksam machen, daß eine der Ursachen der Weltkrise die Einwanderungsspitze in Amerika sei. Vor dem Kriege habe Amerika jährlich zwei bis drei Millionen Menschen aus Europa aufgenommen. Diese Abwanderungsbürgertum aus Europa fehle heute. In den am Sonntag in Berlin stattfindenden deutsch-französischen Besprechungen soll daher mit Bezug auf diese Pläne Laval auch die Frage geprüft werden,

ob in den afrikanischen Kolonien und in Südamerika sich nicht hygienisch und wirtschaftlich gesunde Bedingungen für eine großzügige Einwanderung schaffen ließen.

Eine europäische Auswanderung würde nicht nur eine unmittelbare Entlastung des europäischen Arbeitsmarktes bringen, sondern die neuen Ansiedler würden auch der Industrie neue Beschäftigung geben. Zugleich würde es sich darum handeln, die Schifffahrt- und Luftverkehrslinien auf eine neue Auswanderungspolitik umzustellen und auszubauen. Der Plan soll von Sachverständigen genau durchgearbeitet werden und eines der Projekte der deutsch-französischen

Zusammenarbeit

bilden. Das ganze Unternehmen soll mit Hilfe der Vereinigten Staaten durchgeführt werden.

An den Berliner ausständigen Stellen äußert man sich noch nicht zu diesen Mitteilungen. Man erklärt, daß sich der Inhalt der deutsch-französischen Besprechungen nicht vorwegnehmen lasse, daß es aber durchaus denkbar sei, daß auch derartige Projekte zur Behebung der über Europa lastenden Wirtschaftskrisse besprochen werden könnten. Wenn Laval tatsächlich mit solchen Plänen nach Berlin kommen sollte, so würde das bedeuten, daß auch die französische Regierung jetzt die Notwendigkeit kolonialer Siedlungsraumes für Deutschland anerkenne. Eine solche Anerkennung müßte für die Reichsbürger

Veranlassung werden, mit allem Nachdruck die Rückgabe des im Friedensvertrag von Versailles geräubten deutschen Kolonialgebiets zu fordern.

Es liegt auf der Hand, daß, wenn Deutschland wieder über eigenen Kolonialbesitz verfügen könnte, dies zu einer

wesentlichen Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes beitragen würde, ohne daß damit der Verlust deutscher Menschen verknüpft wäre, die bei Durchführung der Lavalischen Auswanderungspläne in den Staatsverband der sie aufnehmenden Länder aussehen müßten. Ob sich übrigens die Lavalischen Pläne so leicht werden durchführen lassen, wie dies anscheinend dem französischen Ministerpräsidenten vorschwebt, wird man stark be-

zwecken müssen. Zum mindesten werden

die Vereinigten Staaten nicht die geringste Regung verplänen, von ihrer sehr strengen Einwanderungskontingente der letzten Jahre abzugehen,

selbst wenn sie sich zu einer Lockerung der gegenwärtigen Einwanderungspolitik entschließen sollten.

Im übrigen haben sich, wie noch aus Paris gemeldet wird, die Pläne für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs dahin verdichtet, daß

das deutsch-französische Komitee,

das bekanntlich in den Berliner Verhandlungen geschaffen werden soll, in fünf Kommissionen gegliedert wird, die über die einzelnen Fragen der Zusammenarbeitständig beraten und als Organ für die praktische Ausführung dienen. Die fünf Kommissionen sollen folgende Aufgaben haben: 1. Höflichkeitliche Arbeiten, 2. Transporte (Schiffahrt- und Flugzeuglinien, Eisenbahnen usw.); in dieser Kommission soll auch anscheinend der oben wieder gegebene Auswanderungsplan beraten werden. 3. Überprüfung des deutsch-französischen Handelsvertrags. 4. Kartelle. 5. Die Finanzkommission. Die letztere soll die Möglichkeiten der Beteiligung von französischem Kapital an deutschen Unternehmungen prüfen. Das gesamte Komitee soll 40 Mitglieder erhalten, so daß zu jeder Kommission 8 Mitglieder gehören.

Nach einer Mitteilung des „Intransigent“ wäre es möglich, daß Laval und Briand Berlin nicht, wie bis jetzt vorgesehen, am Dienstag früh, sondern eventuell erst am Dienstagabend verlassen. Laval wird begleitet von seinem Kabinettschef Monier, Briand vom Generalsekretär des Dual d'Orsay, Philipp Berthelot, und seinem Kabinettschef Leger. Als Dolmetscher wird die französische Minister Professor Hesnard bestehen.

### Friedensmesse in Saint-Maria-Victoria

Berlin, 25. Sept. Aus Anlaß der Annäherung der französischen Minister in Berlin wird der am Sonntagvormittag fällige Gottesdienst für die katholische französische Gemeinde Berlin auf Anordnung des Bischofs von Berlin zu einer religiösen Kundgebung der Versöhnung unter den Völkern ausgestaltet werden.

## Die Volkspartei für eine nationale Regierung

Paris, 25. Sept. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, gehörte einem Vertreter des „Cour“ eine längere Unterredung. Neben die Beziehungen zu den Nationalsozialisten befragt, erklärte er, man dürfe sie nicht vor den Kopf stoßen. Wenn man sie dazu bringe, die Verantwortung an der Regierungsführung zu übernehmen, so dränge man sie aus ihrer augenblicklichen Stellung in die Front. Wenn die Nationalsozialisten aber an der Regierung mitarbeiten, seien sie weniger gefährlich, als wenn man sie sich selbst überlässe. Dingeldey sprach sich auch hierbei

für eine Regierung der nationalen Verteidigung nach englischem Muster

aus, bezweifelte aber, ob sie sich bei dem starren System der deutschen Parteien verwirklichen ließe. Die deutsch-französische Annäherung könne sich nicht außerhalb einer Verständigung der deutschen und der französischen Reichstagsfraktionen vollziehen. Es sei Sach des Kanzlers, ob er Dr. Curtius verabschieden wolle oder nicht. Ein Wechsel im deutschen Außenministerium würde jedoch niemals die deutsch-französischen Beziehungen beeinflussen; die Verständigkeit der deutschen Außenpolitik sei auf alle Fälle gesichert. Es sei gewagt, vor dem Besuch der französischen Minister in Berlin große Erfolge zu erwarten. Man müsse

mehr Mut und Initiative zeigen. Eine deutsch-französische Konferenz müsse versuchen, die Harmonie zwischen beiden Ländern auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet wieder herzustellen. Ein deutsch-französischer Bündnisvertrag müsse auf der Grundlage der Gleichenberechtigung beruhen, der die Hegemonie des einen oder anderen Landes abschaffe. Auch die Nationalsozialisten würden den Locarno-Vertrag niemals kündigen, der für alle Deutschen ein unantastbares Werk sei, was man von den anderen Verträgen nicht behaupten könne.

Altemals kenne Deutschland in ein politisches Rotaratorium einwilligen,

sei es auf 10, 15 oder 20 Jahre, da hierdurch die gegenwärtigen Zustände stabilisiert würden.

Diese für die französische Höflichkeit bestimmten Ausführungen des volksparteilichen Führers leben in gerader Linie die oppositionellen Gedankengänge fort, die er kürzlich in Hamburg vor den Parteilandesverbänden entwickelt hat. Sie sind eine weitere Verstärkung für die im heutigen Parteitag darlegte neue Taktik der Deutschen Volkspartei, die offenbar auf Abkehr vom Nationalen Sozialismus und Eintritt in die Front einer nationalen Regierung hinausläuft.

### Besuch Brünings in Washington?

Washington, 25. Sept. Hier waren Gerüchte verbreitet, daß Hoover Reichskanzler Brüning nach Washington eingeladen habe. Unterstaatssekretär Castle erklärte auf Anfrage, daß diese Gerüchte lediglich eine Kombination darstellen. Er habe jedoch hervor, daß ein Besuch Brünings in Washington zuerst willkommen sein werde. In Washingtoner politischen Kreisen wird hierzu erklärt, daß trotz dieses Dementis ein Besuch Brünings durchaus im Bereich der Möglichkeiten liege, selbst wenn bisher, soweit ähnlich bekannt, keine Schritte zur Herbeilföhrung des Besuches unternommen worden seien.

### Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank

Paris, 25. Sept. Wie die Handelsagentur berichtet, hatte der Finanzminister Haindré heute nachmittag eine lange Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, dem Leiter der Finanzabteilung der Bank von Frankreich und den Direktoren der großen Pariser Kreditinstitute. Bei dieser Gelegenheit wurden die Lage der französischen Wirtschaft und namentlich die Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank eingehend geprüft. Die Verhandlungen gehen heute nach weiter.

Wie verlautet, handelt es sich bei dem namentlich benannten Bankunternehmen um die Banque Nationale de Crédit, deren Vorstand Vincent dieser Tage seinen Posten niedergelegt hatte.

### Gefahren für Brüning

Unter dem Schatten der Ereignisse, die von England aus eine weltwirtschaftliche Erdbeben verursacht haben, ist die seit dem Deutschen Nationalen Parteitag wieder in Fluss gekommene innenpolitische Entwicklung in Deutschland nicht so beachtet worden wie in normalen Zeiten. Dem aufmerksamen Beobachter kann es aber nicht entgehen, daß durch die programmativen Erklärungen Hugenberg in Stettin, und das Echo, das sie in der Parteiwelt geweckt haben, neue Wendungen angebahnt wurden. Wenn auch die Oktobertagung des Reichstages nach dem Willen der Reichsregierung nur von kurzer Dauer sein und schnell zur Winterkönigswahl des Kabinetts Brüning überleiten soll, so ist es doch nicht so unwahrscheinlich wie bisher, daß politische Überraschungen die Berechnungen des Kanzlers über den Haushalt verhindern. Denn um die unausbleiblichen Währungsanträge der Opposition und um die Abstimmungen über Aufhebung ihrer Notverordnungen kann die Regierung nicht mehr mit diktatorischen Mitteln, sondern nur mit parlamentarischen Mehrheiten herumkommen. Deren Beschaffung und Sicherung gilt denn auch die wachsende Sorge des Kabinetts.

Zwei Säulen, auf die sich die Regierung in den bisherigen Parlamentskämpfen gestützt hat, sind in den letzten Tagen ins Wanken geraten. Auf dem rechten Flügel die Deutsche Volkspartei, die bei allen Entscheidungen die Regierung reiste, indem sie sich in letzter Stunde immer auf ihre Seite schlug. Ob sie aber diese Taktik im Oktober wieder anwenden wird, erscheint nach der scharfen Kritik, die ihr Führer in Hamburg an der Politik der Reichsregierung geübt hat, mehr als fraglich. Mit einer für die Volkspartei überraschenden Stärke hat Dr. Dingeldey bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß wir keine Führung in Deutschland haben, daß der Reichsführer zu Entschärfen nicht fähig ist, daß ein Programm der Regierung und Sanierung, auf das seit Wochen und Monaten gewartet wird, immer noch nicht verwirklicht wird, und daß alle diese Umstände eine seelische Herabstufung im deutschen Volke zur Folge haben, die einem Verlust in völlige Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung Tür und Tor öffnet. Diese Stellungnahme ist der eigentlichen Regierungspartei, dem Zentrum, so in die Knochen gesunken, daß seine maßgebende Presse die gerechte Polemik gegen Hugenberg abgebrochen hat und nun lediglich die Volkspartei beschwört, doch ja die verächtlichen Worte nicht die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Gleichzeitig droht aber auch auf dem linken Flügel der stillen Großen Koalition die Abhängigkeit Brünings ab. Die Sozialdemokratie, die in allen Lagen durch die und dünn mit dem von ihr als „Hungerkämpfer“ angeprangerten Zentrumsführer gegangen ist, steht eben wegen dieser Politik vor der Gefahr der Spaltung, und es ist noch nicht abzusehen, welche Kreise die bereits offen ausgesprochene Rebellion von acht Abgeordneten gegen die Parteileitung noch ziehen wird. Dabei bedeutet schon jede sozialdemokratische Entlastungsklage eine schwere Gefahr für das herrschende System. Wenn unter diesen Umständen die Volkspartei Ernst macht mit ihrer Drohung und sich zusammen mit der Wirtschaftspartei auf die Seite der nationalen Opposition schlägt, dann ist die Regierungskrise da, und es können berechtigte Zweifel darüber bestehen, ob der Reichspräsident willens ist, noch weiterhin die Männer zu halten, die seit anderthalb Jahren an der Spitze des Reiches stehen, und der Verantwortung für das, was wir seit Wochen und Monaten erleben, nicht entzogen werden können.

In unterrichteten Kreisen ist es ja seit langem ein offenes Geheimnis — das kann man ruhig aussprechen, selbst auf die Gefahr eines Dementis hin —, daß der Reichspräsident v. Hindenburg mit den Männern seiner Wahl nicht mehr in dem Maße in Übereinstimmung steht, wie man das vor einem halben Jahre und früher beobachten konnte. Seine Autorität, nicht eine parlamentarische Mehrheit, ist die Grundlage, auf der die Tätigkeit des Kabinetts Brüning beruht. Er hat seinen guten Namen hergegeben für alle unpopulären Maßnahmen der Regierung in den letzten Jahren im Vertrauen darauf, daß Brüning doch der rechte Mann ist, um das Reichsschiff durch den schweren Orkansturm in den rettenden Hafen zu steuern. Wenn in der Folgezeit die Fahrt nicht immer nach Hindenburgs Willen gegangen ist, und wenn die Not immer größer wurde statt geringer, so hat ihn doch seine militärische Aufsicht von Kameradschaftlichkeit und von der Treuepflicht, die auch den Führer gegenüber dem Untergesetz bindet, davon abgehalten, dem Kanzler im schweren Kampf seine weitere Unterstützung zu verweigern. Er wird auch sicher nichts unternehmen, um von sich aus der Tätigkeit des amtierenden Kabinetts ein Ende zu bereiten. Wenn es aber über parlamentarische Zwischenfälle führt, dann liegt es nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß der Reichspräsident vor seinem Ausscheiden aus dem Amt noch einmal den Verlust machen wird, eine Wendung der Dinge in Deutschland herbeizuführen. Praktische Schwierigkeiten des Kabinetts Brüning, die unter Umständen im Oktober zu erwarten sind,